

Wissenschaftsstadt Darmstadt 	Magistratsvorlage		Eingang Magistrats- geschäftsstelle: 13.04.2006
Dezernat VI Amt: Ordnungsamt	an den Magistrat ☐ zur Kenntnis ☒ zur Beschlussfassung		Beteiligt vor Magistrats- beschlussfassung:
Vorlage-Nr. 2006/0118 Magistratsbeschluss-Nr.	an die Stadtverordnetenversammlung ☐ OBW zur Befassung ☒ zur Kenntnis ☐ zur Beschlussfassung ☐ zur abschließenden Beschluss- fassung Fachausschuss		Dezernat I Dezernat II Dezernat VI ☐ OBW bei abschl. Beschlussfassung Magistrat
Verteiler:	Internet ☐ ja ☐ nein Tagesordnung ☐ I ☐ II		

Betreff: Rotlichtüberwachung in der Wissenschaftsstadt Darmstadt

Vorlage vom: 29.03.2006

Beschlussvorschlag:

1. Der Magistrat nimmt von dem Bericht des Ordnungsamtes vom 30.11.2005 Kenntnis.
2. Der Magistrat hält es zur Aufrechterhaltung der Verkehrssicherheit in der Wissen-schaftsstadt Darmstadt für zwingend erforderlich, an den im Bericht des Ordnungsam-tes im einzelnen aufgeführten Stellen Rotlichtüberwachung durchzuführen.
3. Die insoweit erforderlichen personellen und investiven Maßnahmen werden kurzfristig umgesetzt, sobald das Land Hessen eine angemessene Refinanzierung zusichert oder gewährt.

Anlagen: Bericht des Ordnungsamtes

Beschluss des Magistrats vom

Begründung zur Magistratsvorlage vom 29.03.2006

In dem anliegenden Bericht des Ordnungsamtes vom 30.11.2005 ist der aktuelle Sachstand in Bezug auf Rotlichtüberwachung dargestellt. Diese Situation ist aus Verkehrssicherheitsgründen nicht mehr zu verantworten. Durch entsprechende Presseberichte ist es allgemein bekannt, dass Rotlichtverstöße in der Wissenschaftsstadt Darmstadt nicht mehr geahndet werden. Dies führt zu einer weiteren Verschärfung der Gefährdungssituation. Das von der Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit ausgearbeitete, im Bericht des Ordnungsamtes vom 30.11.2005 geschilderte Konzept zur Aufnahme der Rotlichtüberwachung in der Wissenschaftsstadt Darmstadt ist daher zeitnah umzusetzen.

Parallel hierzu muss aber die derzeitige Kosten- und Lastenverteilung, die mit der Rotlichtüberwachung verbunden ist, geändert werden. Diese Kosten-/Lastenverteilung zwischen Land und Gemeinden ist in dem Bericht des Ordnungsamtes dargestellt. Sie blockiert seit Jahren dringend erforderliche Investitionen. Das Land Hessen versucht sich damit auf Kosten der Kommunen und der Verkehrssicherheit ohne sachlichen Grund eine bequeme Einnahmequelle zu erhalten. Es trägt damit auch die Hauptverantwortung für die Gefahren, die aus der fehlenden Rotlichtüberwachung resultieren. Dieser Verantwortung wird das Land seit Jahren nicht gerecht. Es ist eine angemessene finanzielle Beteiligung des Landes an den Kosten der Rotlichtüberwachung herbeizuführen.

Darmstadt,

Der Dezernent I

Der Dezernent II

Der Dezernent VI

Walter Hoffmann
Oberbürgermeister

Wolfgang Glenz
Bürgermeister

Dieter Wenzel
Stadtrat